

Reformstau – wirklich das Kernproblem?

Albrecht Müller

Im März 1969 rief der damalige Bundeswirtschaftsminister Schiller (SPD) sein Küchenkabinett zusammen; er bat jeden reihum, vom Staatssekretär bis zum Ghostwriter, um eine persönliche Antwort auf die Frage, ob er dem Bundeskanzler – damals Kiesinger (CDU) – offiziell die Aufwertung der D-Mark vorschlagen sollte. Diesem Treffen vorausgegangen war ein etwa neun Monate langer Streit zwischen Schiller und Finanzminister Strauß (CSU) um die Korrektur des Wechselkurses der unterbewerteten Mark. Fachlich war Schillers Votum unumstritten. Dennoch rieten seine konservativen, der Union nahe stehenden Spitzenbeamten, vom Staatssekretär bis zu seinem damaligen Grundsatzreferenten Tietmeyer, davon ab; sie votierten gegen ihren ökonomischen Sachverstand, weil sie ihren Kanzler Kiesinger nicht in Schwierigkeiten bringen wollten. Schiller setzte sich knapp zwei Monate später über ihr Votum hinweg.

Bei dieser kleinen Episode habe ich gelernt, wie wenig wirtschaftswissenschaftlicher Verstand zählt, wenn politische Absichten – und Ideologien – Anderes geraten erscheinen lassen. Diese Erfahrung wird seit gut 20 Jahren immer wieder aufgefrischt. Für die gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung notwendige Entscheidungen werden von politischen Absichten, Interessen und obskuren öffentlichen Debatten hintertrieben. Das reicht von der Standortdebatte bis zum aktuellen Wehklagen über den Reformstau. Anders als damals aber gibt es keinen Wirtschaftsminister, der sich über die falschen Ratschläge hinwegsetzt. Und es gibt nicht die breite wissenschaftliche und publizistische Unterstützung für die vernünftige und fachlich begründete Lösung unserer Probleme. Im Gegenteil, das zeigt insbesondere die Debatte um Reformstau und Reformen: Breite Unterstützung findet eine Fiktion, die kollektive Wahnidee nämlich, der Reformstau sei die entscheidende Ursache unseres wirtschaftlichen Unheils und Strukturereformen hätten die erhoffte heilsame Wirkung.

Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, dass eine Gesellschaft immer Veränderungen unterliegt, die Reformen notwendig machen. Aber warum sie das Top-Thema der Debatte und das Allheilmittel sein sollen, das ist aus fachlicher Sicht nicht zu begreifen – das begreifen auch die vielen Unternehmer nicht, die heute ungebührlich viel Zeit für das Beschaffen von Aufträgen, für das Eintreiben von Außenständen und die Abwendung der Insolvenz aufwenden müssen. Sie begreifen, dass wir mitten in einer Rezession stecken. Und wenn auch sie Reformen fordern, dann tun sie es nachsagend, weil fast alle dies sagen: die Politiker aller Parteien, die Mehrheit der Wissenschaft, die Bundesbank, der Sachverständigenrat, die Wirtschaftsverbände, die tonangebenden Journalisten.

Wollte man sich im Bereich rationaler Abwägung bewegen, dann müsste man realistische Analysen machen und man müsste vor allem den Wirkungszusammenhang zwischen den vorgeschlagenen Reform-Therapien und der erhofften Wirtschaftsbelebung zu erläutern versuchen: Was haben die vielen Insolvenzen mit dem angeblichen

Reformstau zu tun? Wie sollen aus der Verringerung des Spitzensteuersatzes auf 42 oder gar 35% Impulse für neue Beschäftigung folgen? Die Reformvorschläge der Hartz-Kommission sollten die Arbeitslosenzahl auf 2 Mio. halbieren; wie das unter Beachtung der gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen bewirkt werden soll – nicht belegt. Über welchen Wirkungsmechanismus soll die Ergänzung der gesetzlichen Rentenversicherung durch private Altersvorsorge Arbeitsplätze bringen? Entlassen die Chiphersteller Tausende von Menschen, weil der Sozialstaat zu weit getrieben worden ist? Wieso dann auch in den USA? Wie soll der weiter entriegelte Ladenschluss neue Arbeit bringen? Fehlt dem Einzelhandel heute die Zeit zum besseren Umsatz?

Die deutsche Wirtschaft, gerade der viel beschworene Mittelstand, befindet sich in einer dramatischen Abwärtsspirale. Und die Meinungsführer aus Politik, Medien und Wissenschaft bieten Reformen an. Das sind Steine statt Brot.

Kollektiver Wahn ist eine nicht ganz korrekte Charakterisierung der gängigen Reformstaudebatte. Denn einige der Akteure wissen genau, was sie wollen. So z.B. die Versicherungswirtschaft und andere Teile der Finanzindustrie. Sie arbeiten weltweit an der Erosion des Vertrauens in die sozialen Alterssicherungssysteme und gewinnen mit der inzwischen gängigen Fiktion, Kapitaldeckungsverfahren und Privatvorsorge lösten das sogenannte „demografische Problem“. Auch die Initiatoren der Arbeitgeber-Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft unter Vorsitz des erwähnten früheren Bundesbankpräsidenten Tietmeyer wissen genau, warum sie den Reformstau beklagen. Sie haben den schönen Begriff Reformen im konservativen Sinne besetzt und benutzen ihn als Hebel zur Systemänderung – weg von sozialstaatlichen Regelungen.

Besonders traurig ist die Rolle der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft. Es gibt markante Belege dafür, wie sie sich einspannen lässt. So der Sachverständigenrat, als er beispielsweise im November 2000, als schon deutliche Zeichen eines Konjunkturerinbruchs sichtbar waren, die Botschaft verbreitete, die Konjunktur laufe rund. Erkennbarer Hintergrund: Druck auf die Reform des Arbeitsmarkts. So auch die Volkswirte der Bundesbank, wenn sie im Monatsbericht des März 2003 mit windigen Begründungen dringend Reformen empfehlen.

Es gibt gute Gründe dafür, die Auseinandersetzung mit dieser Art von Modernisierern in Wissenschaft und Politik nicht allein auf die Unfairness und soziale Schieflage der betriebenen Reformen zu konzentrieren. Noch schlimmer sind die Unvernunft und die erwiesene Wirkungslosigkeit der propagierten Therapien.

Albrecht Müller, Leiter der Planungsabteilung bei Willy Brandt und Helmut Schmidt, von 1987–1994 MdB, heute: Autor, Politik- und Unternehmensberater.
e-mail: mueller.pleisweiler@t-online.de